

Ansprache des Landesvorsitzenden

Richard Mergner

Delegiertenversammlung 2024 in Würzburg

Für eine faktenorientierte und generationengerechte Naturschutz- und Umweltpolitik – in Bayern, Deutschland und Europa

Sehr geehrte Ehrengäste,

liebe Delegierte,

sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz 2024 in Würzburg.

Wir sind als BUND Naturschutz Teil einer großen Bewegung. Eine Bewegung, die sich nicht für Einzelinteressen oder Profitorientierung einsetzt, sondern für das gemeinsame Interesse der Menschheit, nämlich zu überleben. Natur und Klima, unsere Artenvielfalt, die Luft und gesundes Wasser schützen wir für uns selbst genauso wie für die nächsten Generationen.

Wir sind als Naturschützer, Teil der großen, aber oft nicht wahrgenommenen **ehrenamtlichen Bewegung** in Bayern, die sich für ein Miteinander, für das Gemeinwohl und damit letztlich für eine funktionierende Demokratie einsetzt. Eine Bewegung, die unser Grundgesetz wie auch die bayrische Verfassung ernst nimmt, nämlich die Menschenwürde zu achten, die Lebensgrundlagen zu bewahren und eine Wirtschaft so zu ge-



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Richard Mergner
1. Vorsitzender

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

richard.mergner
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Würzburg, 04. Mai 2024

stalten, dass sie dem Gemeinwohl dient. Umso wichtiger ist es sich nicht entmutigen zu lassen, denn ehrenamtliches Engagement ist eine zwingende Klammer für unsere Gesellschaft, egal ob in der Feuerwehr oder im Sportverein über die sozialen Dienste bis zu den Helferkreisen für Geflüchtete oder eben auch im Natur- und Umweltschutz. Und weil Natur, Wasser und Klima keine nationalen Grenzen kennen, arbeiten wir bei ihrem Schutz auch in engen Netzwerken über die Grenzen Bayerns hinaus mit europäischen und internationalen Partnern zusammen.

Die politisch Verantwortlichen von der Kommune bis zur europäischen Ebene sollten diesen Schatz würdigen und pflegen. Stattdessen waren wir im letzten Jahr konfrontiert mit Hass und Hetze, mit Kampagnen gegen die Renaturierung geschädigter Ökosysteme, Umweltmaßnahmen im Agrarbereich, die Gentechnikfreiheit, die Energiewende, das Energiesparen oder die Wärmepumpe - vor allem im Landtagswahlkampf, aber auch auf europäischer Ebene, angefeuert von CSU, Freien Wählern und FDP in einer beispiellosen **Rolle rückwärts**. Obwohl wir vorsorgenden Klimaschutz und die Wiederherstellung unserer natürlichen Ökosysteme mehr denn je brauchen. Auf europäischer Ebene stellen Konservative und Rechte in den letzten Monaten nicht nur neue Regelungen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen in Frage, sondern sogar den gesamten „Green Deal“, der seit der letzten Europawahl zentrale wichtige Bausteine auf dem Weg der sozial-ökologischen Transformation in Europa vorangebracht hat. Rechtskonservative und –extreme stellen sogar Europa als Ganzes und seine Werte in Frage, vergiften Diskurse mit Fake-News und gezielt geschürten Ängsten und untergraben demokratische Grundprinzipien.

Grundlage für ein ehrenamtliches Engagement ist aber gerade die Bewahrung einer funktionierenden **Demokratie** und die Achtung der Würde aller Menschen. Dem BUND Naturschutz ist es ein besonderes Anliegen

die Demokratie vor ihren rechtsextremen Feind*innen und vor Populist*innen zu schützen, denn die demokratischen Instrumente sind für uns die Voraussetzung Natur und Umwelt und damit unsere Lebensgrundlagen vor einer Zerstörung zu bewahren. Es ist daher ein Mut machendes Zeichen, dass inzwischen Millionen von Menschen in Bayern und Deutschland für die Bewahrung von Demokratie und Menschenwürde auf die Straße gegangen sind. In großen und kleinen Städten, von Nord nach Süd, ob in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Würzburg, Nürnberg oder München oder von Ost nach West in Bayern wie in Waldkirchen, Amberg, Landsberg, Bayreuth, Bamberg, Schweinfurt und Aschaffenburg, aber auch genauso in Dresden, Hoyerswerda, Bautzen oder Sonnefeld in Thüringen, wo es besonders mutig ist Gesicht zu zeigen gegen Rechts. Auch kurz vor der Europawahl organisiert das vom BUND mitunterstützte Bündnis gegen Rechts Kundgebungen gegen Rechts, z.B. am 08.06. in München oder in Frankfurt. Lassen Sie uns gemeinsam ein starkes Zeichen setzen, dass wir das Europaparlament nicht den Rechtspopulisten und Gegnern der Demokratie und des Schutzes unserer Lebensgrundlagen überlassen wollen.

Der BUND Naturschutz ist deshalb schon seit Jahren im Bayerischen **Bündnis für Toleranz**, Demokratie und Menschenwürde, das von Bad Alexandersbad und den Protesten gegen die Aufmärsche der Rechtsextremen in Wunsiedel ausgehend inzwischen über 80 Verbände und Institutionen umfasst: vom Verband der bayerischen Wirtschaft über die Landesvereinigung für ökologischen Landbau und dem Bayerischen Rundfunk bis zum Bayerischen Landtag.

Denn die Verteidigung der Demokratie heißt, miteinander eine **Gesprächskultur mit Anstand und Respekt** zu pflegen, um nach Lösungen zu suchen, statt den anderen niederzubrüllen. Dies ist die Basis für die Bewältigung von Herausforderungen in einer sich dramatisch wan-

delnden Welt. Ein Lichtermeer von Hunderttausenden in München, Hamburg oder Berlin ohne Traktoren, ohne Sirenen und ohne Hupen oder Galgen sind starke Hoffnungszeichen für mich.

Wichtig sind aber auch die persönlichen Gespräche. Wenden Sie sich bitte auch an Ihre politischen Vertreter vor Ort und weisen Sie auf die Verantwortung aller demokratischen Parteien hin, gerade auch politische Konkurrenten nicht zu diffamieren oder in Trump-Manier vermeintlich die da oben gegen die normalen Menschen mit gesundem Menschenverstand auszuspielen.

Deshalb freut es mich, dass sich der BUND Naturschutz auf meine Initiative hin schon kurz nach der Landtagswahl im Oktober 2023 mit dem DGB, dem paritätischen Wohlfahrtsverband und der Arbeiterwohlfahrt in einer gemeinsamen Pressemitteilung für Anstand und Respekt, für Zusammenführen, statt Spalten eingesetzt hat. Basis dafür ist Wahrhaftigkeit statt Fake News und dies gilt gerade auch für Ministerpräsident Markus Söder und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger als Repräsentanten unseres Bayerns.

Wer von der AfD oder der Bild-Zeitung **Fake-News** über angebliche Geldverschwendung für Entwicklungsprojekte ungeprüft übernimmt und bei Bauerndemonstrationen oder schlimmer noch in den sozialen Netzwerken 100.000fach verbreitet, gefährdet unsere Demokratie und dies habe ich Hubert Aiwanger auch schon persönlich gesagt.

Ebenso untragbar ist es, wenn politische Veranstaltungen wie in Baden-Württemberg oder auch in Bamberg aus Sicherheitsgründen abgesagt werden müssen. Ebenso ist es mit der Menschenwürde nicht vereinbar, wenn auf Bauerndemonstrationen Bürgergeldempfänger gegen vermeintlich hart arbeitende Menschen ausgespielt werden, wie ich das von Bundesfinanzminister Christian Lindner mit anhören musste. Wenn es

einen Grund gibt, sich aufzuregen und für mehr Gerechtigkeit einzutreten, dann, wenn es darum geht, Milliarden-Vermögen gerecht zu besteuern. Oder Steuerhinterziehung im größten Stil oder Milliarden-Gewinne von Konzernen wie Amazon, Google, Aldi und Co. ob im Energie- oder Lebensmittelhandel besser gar nicht erst entstehen zu lassen.

Dass ein Spekulant wie der Signa-Holding-Chef René Benko Milliarden an Steuergeldern kassiert, in Steueroasen und Stiftungen verschiebt und für die Insolvenzrettung von Kaufhof-Galeria sich noch Millionen bezahlen lässt, ist skandalös. Vor allem können sich Bürgergeldempfänger keine Privatjets, keine Yacht und auch keine Jagdhütte mit Hubschrauberlandeplatz in Österreich leisten, um dort die entsprechenden Geschäfte einzufädeln.

Kritische und für ihre Recherchearbeit ordentlich bezahlte Medienschaffende von Tageszeitungen über Rundfunk und Fernsehen bis zu den Nachrichtenportalen in den sozialen Medien sind auch für unsere Arbeit für die Bewahrung der Schöpfung, für eine freifließende Salzach, für die Rettung von Brachvögeln, Kiebitz oder Feuersalamander ungemein wichtig.

Das jüngste Beispiel, wie in diesem Land Stimmung gemacht wird, sind die vom rechten Medium „Cicero“ veröffentlichten Dokumente aus dem Bundeswirtschaftsministerium zur Abschaltung der Atomkraft. Man sieht darin, dass es einen intensiven Abwägungsprozess gab und man sich schließlich für einen Streckbetrieb mit Abschaltung Mitte April 2023 entschied, aber keinen Skandal. Es ist traurig für den deutschen Diskurs, dass schon wieder im Internet bis hin zum Münchner Merkur mit Desinformation und tendenziösem Framing ein Skandal inszeniert wird – und auch so viele demokratische Politiker aus der FDP oder Union darauf anspringen. Genau das ist das, was das Vertrauen in die Politik zerstört.

Europawahlen

Diese Mechanismen prägen leider in den letzten Monaten auch den Europawahl-Kampf und können einen fatalen Ausgang für die **Europawahlen** am 9. Juni haben. Die aktuelle Mehrheit im Europäischen Parlament für Vorgaben zum Schutz von Natur, Umwelt und Klima ist fragil. Wenn sich die Prognosen bewahrheiten, dass die rechten Parteien stark zunehmen werden, dann wird es in den nächsten 5 Jahren immens schwierig bis unmöglich werden, Mehrheiten für mehr Umwelt- und Naturschutz zu erreichen und den Green Deal fortzusetzen und seine Lücken zu schließen wie beispielweise im Bereich der Landwirtschaft.

Welche Auswirkung dies bereits in den letzten Monaten des beginnenden Macht- und Wahlkampfes hatte, zeigt das Beispiel des EU-Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur, das zwar im Europäischen Parlament gerade noch gerettet werden konnte, nun aber im europäischen Ministerrat keine Mehrheit mehr hat, obwohl das Gesetz intensiv mit den Mitgliedstaaten abgestimmt war. Ein europäisches Lieferkettengesetz für Menschenrechte und Schutz der Umwelt ging auch nur in einer aufgeweichten Form durch. Andere Vorhaben wie die Vorgaben zur Reduzierung der Pestizide fielen der zunehmenden Stimmung gegen Natur- und Umweltschutz bereits zum Opfer. Die EVP hatte offen angekündigt, keine weiteren Umweltgesetze mehr zu unterstützen und auch CSU- und FW-Abgeordnete stimmen im Europaparlament ohne Skrupel zusammen mit den Rechten gegen solche Vorhaben. EVP-Vorsitzender Manfred Weber und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen treten unverblümt für Gentechnik und Atom Energie ein.

Infolge der europaweiten massiven Bauernproteste sind in den letzten Tagen und Wochen mit in einem Handstreich viele wichtige Erfolge des

Green Deal und der „Farm to Fork“ Strategie sowie Umweltauflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik gestrichen worden. Dazu gehört auch die Bereitstellung von vier Prozent Bracheflächen als Lebensräume für Insekten, Vögel und Wildtiere. Wir erleben gerade einen Rückfall in die Agrarpolitik des letzten Jahrhunderts, obwohl die Klima- und die Biodiversitätskrise dringender sind denn je!

Ein Wort zu den **Bauernprotesten**: Der BUND Naturschutz hatte anfangs Verständnis für den Ärger der bayerischen Bäuerinnen und Bauern über die geplanten Einsparungen im Agrarsektor. Die Ampel-Regierung hat aber schnell verstanden und ihre geplanten Einsparungen zum Agardiesel und eine Steuer auf landwirtschaftliche Fahrzeuge größtenteils zurückgenommen. Der gefundene Kompromiss ist aus unserer Sicht akzeptabel.

Der BUND Naturschutz hat volles Verständnis für die Situation der Bauern. Das System Landwirtschaft krankt an unfairen Preisen, schlechter Marktstellung der Bauern gegenüber den Handelskonzernen und der Klimakrise. Würden die Bauern zum Beispiel einen dauerhaft gesicherten, vernünftigen Milchpreis erhalten, bräuchten sie keine Dieselmilchrückvergütung. Der BUND Naturschutz setzt sich gemeinsam mit der AbL oder dem Bund Deutscher Milchviehhalter – vor allem auch Dank der Arbeit von Hubert Weiger - seit dem Agrargrundsatzprogramm von 1973 für eine bessere Stellung der bäuerlichen Landwirtschaft ein. Aber dieser Weg, der jetzt beschritten wurde, ist der falsche.

Es liegt im ureigensten Interesse der Landwirtschaft selbst, ihre Produktionsgrundlagen zu erhalten und daher gegen die Klimakrise und gegen den Verlust von biologischer Vielfalt vorzugehen. Es liegt im ureigensten Interesse der Mehrzahl der Bauern selbst, nicht die Voraussetzungen für

eine Weltmarktorientierung zu schaffen – denn das wird mit den derzeitigen Reformen in Wahrheit bezweckt – ein Konkurrenzkampf, den die deutsche Landwirtschaft niemals gewinnen kann – sondern sich als Dienstleister zu verstehen, der neben Lebensmittel auch Biodiversität, trinkbares Wasser und eine intakte und vielfältige Kulturlandschaft produziert, was natürlich von der Gesellschaft bezahlt werden muss.

Auch wissenschaftlich sind die Änderungen der EU-Agrarpolitik nicht nachvollziehbar. Es besteht weitestgehend Einigkeit, dass die Reform keineswegs mit Bürokratieabbau verbunden ist und der Rückschritt für die Biodiversität eklatant ist.

Viele Bäuerinnen und Bauern haben das verstanden und deshalb von Anfang an nicht mitdemonstriert oder sind mittlerweile abgesprungen. Eine laute schreiende Minderheit hat aber weiterdemonstriert und ist letztlich von Interessensverbänden, Industrie und Teilen der Politik missbraucht worden, die wichtige Errungenschaften für die Zukunft der Landwirtschaft auf europäischer Ebene zu torpedieren begannen. Dass Umweltleistungen in der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit Bürokratie gleichgesetzt werden und daher Bürokratieabbau jetzt Abbau von Umweltleistungen bedeutet, ist genau der gezielten Lobbyarbeit von agroindustriellen Interessen zuzuordnen. Rücksichtslose Intensivierung wird mit Ernährungssicherheit gleichgesetzt, obwohl wissenschaftliche Studien das Gegenteil beweisen. Die größten Nutznießer der jetzt zurückgenommenen Umweltauflagen sind die Agrarindustrie und die chemische Industrie. Den Landwirten selbst werden die Änderungen stark auf die Füße fallen, denn es sind doch sie selbst, die unter den negativen Folgen einer unbekämpften Biodiversitäts- und Klimakrise zu leiden haben.

Es war auch von der CSU unanständig, dass ausgerechnet sie sich an die Spitze der Bauernproteste stellte. Die CSU hatte 39 Jahre lang das Bundeslandwirtschaftsministerium inne, zuletzt von 2005 bis 2018. Das dramatische Bauernhofsterben wurde in dieser Zeit weder in Bayern noch bundesweit gestoppt. Auch Wirtschaftsminister und Freie Wähler Vorsitzender Hubert Aiwanger täte besser daran, an konstruktiven Lösungen mitzuwirken, anstatt mit populistischen Sprüchen die Gesellschaft weiter zu spalten, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Dabei liegen gesellschaftlich getragene Lösungen, Vorschläge für eine ökologischere und zukunftsfähige Landwirtschaft mit mehr Tierwohl längst auf dem Tisch. Die **Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)** hat gemeinsam mit Bauern- und Umweltverbänden Vorschläge erarbeitet, wie der dringend notwendige Umbau der Landwirtschaft gelingen kann. Diese Vorschläge liegen seit 2021 vor und müssen von Bundesregierung und Bundestag mit Unterstützung der Bundesländer endlich umgesetzt werden.

Und es führt kein Weg daran vorbei - die Landwirtschaft muss sich ändern, denn die deutsche Landwirtschaft beansprucht mit ihren 17 Mio. Hektar Fläche zusätzlich nochmal rund zehn bis zwölf Mio. Hektar in den Ländern des Südens und trägt so unter anderem zu Regenwaldrodung und Unterdrückung Indigener bei.

Ob Zukunftskommission auf Bundesebene oder Praktikerrat in Bayern, die noch vor wenigen Jahren geltenden Visionen für eine enkeltaugliche Zukunft, gelten nicht mehr.

Das können wir so nicht stehen lassen und wir werden dafür kämpfen, dass die in einem langen und umfassenden Prozess mit viel Arbeit entstandene gesamtgesellschaftliche Vision der Zukunftskommission Landwirtschaft, in ihrer ursprünglichen Form auch umgesetzt wird!

Nur dann kann in Bayern eine bäuerliche Landwirtschaft überleben und die Gesellschaft auf eine intakte, ökologische Kulturlandschaft blicken.

Ein Dank an dieser Stelle an all jene, die sich am 20. Januar wieder auf den Weg nach Berlin gemacht haben, um sich in einem breiten Bündnis auf der Wir haben es satt Demo für eine ökologischere Landwirtschaft einzusetzen.

Gentechnik-Gesetzgebung der EU

Auch in der Gentechnik-Gesetzgebung hatten wir vor einem Jahr große Befürchtungen, dass wir einen Durchmarsch der Befürworter einer kompletten und rücksichtslosen De-Regulierung erleben werden. Doch wir konnten einen Teilerfolg erzielen und es ist uns gelungen den Widerstand zu mobilisieren und die CSU an ihre Versprechungen zu erinnern. So haben es die CSU-Abgeordneten bei der Abstimmung im EU-Parlament nicht gewagt sich zu äußern und haben den Raum verlassen. Dass die CSU inzwischen so wenig Mut besitzt, sich zu ihren Versprechungen zu bekennen, sagt schon viel über den Zustand der Partei: Sachpolitik ist lästig, wenn sie nicht der Machtpolitik dient.

Da keine Einigung im Agrar-Ministerrat erreicht werden konnte, kam es nicht mehr zum Trilog. Die Gesetzesvorlage wird nun mit in die neue Legislaturperiode der EU genommen und wird ein wichtiges Thema im EU-Wahlkampf sein. Wir konnten also zumindest erreichen, dass die Entscheidung vertagt wurde.

Wir werden im Europawahlkampf den bayerischen EU-Kandidat*innen ganz genau auf den Zahn fühlen, welche Position sie hier einnehmen und sie in ihren weiteren Entscheidungen im EU-Parlament auch daran messen!

Darüber hinaus werden wir auch in der neuen Phase der EU-Institutionen alles dafür tun, dass Regelungen zur Zulassung, Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit auch für die Neuen Gentechniken zentraler Bestandteil der Gesetzgebung werden.

Ein weitere zentrale Aufgabe auf europäischer Ebene ist es, dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur zur endgültigen Verabschiedung und anschließenden Umsetzung, d.h. Renaturierung von 20% der Land- und Meeresfläche, zu verhelfen und die Natura 2000-Richtlinien zu verteidigen, deren Überprüfung von der EVP bereits angekündigt ist. Ein erster Angriff läuft bereits, indem der Schutzstatus des Wolfes herabgesetzt werden soll. Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Sie sehen, wie wichtig **Europa** für uns ist. Für uns als größten bayerischen Natur- und Umweltschutzverband ist die Europäische Union - bei aller Kritik an einzelnen Politikbereichen wie beispielsweise der Handelspolitik oder der Zulassung von Glyphosat - zu allererst ein zentraler Pfeiler für die Friedenssicherung, für Demokratie und für BürgerInnen- und Umweltrechte. Und: 80 % aller Vorgaben zum Schutz der Natur verdanken wir der Europäischen Union. Von der FFH-Richtlinie über die Wasserrahmenrichtlinie bis hin zu den Klimaschutzgesetzen. Seit der letzten Europawahl, die eine Klimawahl war, sind unter dem Motto „Green Deal“ wegweisende Schritte in Richtung Klima-, Natur- und Ressourcenschutz beschlossen worden. Dass wir ein Recht auf Reparatur, Verbote von bestimmten Einwegverpackungen, ein einklagbares Lieferkettengesetz, strengere Grenzwerte für Schadstoffe oder das Verbrenner-Aus haben, verdanken wir Brüssel. Dass CSU/CDU den Green Deal als Ganzes und einzelne Regelungen wie das Verbrenner-Aus im speziellen, im Wahlprogramm offen in Frage stellen und „wirtschaftsfreundlicher“ gestalten wollen, erfüllt uns mit großer Sorge, aber auch Unverständnis, weil gerade eine Wirtschaft ohne sozial-ökologische Leitplan-

ken nicht zukunftsfähig sein wird. Der Schutz der Lebensgrundlagen und der Klimaschutz ist *Voraussetzung, nicht Hindernis* für ein nachhaltiges Wirtschaften und die Bewahrung vor Milliarden-Schäden. Deshalb engagieren wir uns auch auf allen Ebenen und zeigen zusammen mit vielen anderen NGOs in ganz Europa die positiven Seiten Europas. Mit einer breiten **Kampagne** wollen wir die Menschen mobilisieren, am 9. Juni demokratisch wählen zu gehen, im Interesse von Umwelt und Gesundheit.

Wir in Deutschland wählen die meisten Abgeordneten in das Parlament und haben deshalb eine besondere Verantwortung. Jede Stimme ist wichtig für die Zukunft eines demokratischen, sozial-ökologischen Europas.

Ja, die Stimmung in unserem Land hat sich drastisch verändert: Der schlimme Angriffskrieg, die Inflation, auch wenn sie jetzt wieder etwas zurückgegangen ist, die geschürten Ängste vor Energieknappheit aber auch vor der Migration sowie Zukunftssorgen wegen Wohnungsnot und steigenden Mietpreisen lassen den Schutz unserer Lebensgrundlagen weniger wichtiger erscheinen. Was kann uns in diesen schwierigen Zeiten noch Mut und Zuversicht für unser soziales und ökologisches Engagement geben? Das sind unsere **Erfolge**, die wir auch im letzten Jahr in Bayern immer wieder erreichen.

So haben wir die **Klage zum Schutz des Fischotters** gegen eine populistische Verordnung im Rahmen des Wahlkampfes gewonnen und auch am Tag der Landtagswahl wurden in Bayern vier Bürgerentscheide gegen geplante unsinnige Straßen und Gewerbegebiete gewonnen. Außerdem führen wir mit dem BUND ein Großprojekt „Wildkatzenwälder

von morgen“ durch. Alleine in der Oberpfalz wurden im Jahr 2024 schon drei Ortsgruppen neu gegründet und in der BN-Kreisgruppe Schwandorf wurde als großer Erfolg gefeiert, dass die Planungen für die Ortsumfahrung Teublitz zu den Akten gelegt wurden.

Dann sind da zum Beispiel unsere **Mitmachprojekte**, wie Eichhörnchen melden, die Hummel-Challenge oder die Krautschau. So wurden im letzten Jahr 74.000 Eichhörnchen in 58.000 Meldungen gemeldet. Oder in der Hummel-Challenge haben dieses Frühjahr trotz Hürden wie Benutzeraccount erstellen und Ortungsdienste aktivieren – 3.000 Personen 10.000 Hummelbeobachtungen in 3 Wochen gemeldet.

Projekt „Spurensuche Gartenschläfer“

Ein weiterer Erfolg ist unser Projekt für den Gartenschläfer. Mittlerweile können wir mit Stolz sagen, dass wir es geschafft haben, eine fast vergessene, und trotz des massiven Rückgangs im Naturschutz bisher vernachlässigte Tierart wieder ins Bewusstsein der wichtigen Akteure gebracht zu haben. Auf unserer Tagung in Kulmbach waren 60 Vertreter/innen aus den Forstbetrieben- und Revieren, von den Forstämtern, aus Planungsbüros, von Naturparks und aus der Wissenschaft, um gemeinsam Wege zu finden den Rückgang des kleinen Bilchs mit der Zorromaske aufzuhalten. Wenn es uns mit solchen Tagung gelingt, zu sensibilisieren und zu begeistern, die vielen Einzelkämpfer zu einer gemeinsamen Initiative zusammen zu schweißen, dann können wir hoffentlich den Gartenschläfer zur Liste der „Geretteten Tiere“ des BN hinzufügen.

Grünes Band

Einer der größten Erfolge des letzten Jahres war, dass das Grüne Band auf die deutsche Vorschlagsliste für ein UNESCO-Welterbe gekommen ist. Hier geht ein großer Dank an Hubert Weiger, Kai Frobels und Liana Geidezis samt ihrem Team.

Gerade vor dem Hintergrund der unsäglichen kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit, ist das Grüne Band Europa mehr denn je ein Symbol für Völkerverständigung und Frieden.

Im Rahmen der Projekte „Quervernetzung Grünes Band“ und „LIFE for MIREs“ sichern wir wichtige Biotopverbundflächen durch Ankauf und setzen **Maßnahmen für hochgradig gefährdete Arten** wie die Waldbirkenmaus, den Hochmoorlaufkäfer, den Blauschillernden Feuerfalter und den Böhmisches Enzian um - im letzten Jahr auf knapp 80 Hektar alleine im Landkreis Freyung-Grafenau. Nicht umsonst war das Grüne Band Schwerpunkt des umfassenden und viel besuchten **BN-**

Informationsstands auf der Landesgartenschau 2023 in Freyung!

Im Landkreis Rhön-Grabfeld schaffen wir Trittsteinbiotope für den Biotopverbund in der Agrarlandschaft durch den Anbau blühender Energiepflanzen statt Mais. Das alles in Zusammenarbeit mit der Agrokraft GmbH des Bayerischen Bauernverbandes. Denn wir zeigen auch am Grünen Band, dass **Naturschutz und Landwirtschaft Hand in Hand arbeiten können zum Schutz von Artenvielfalt, Bodenfruchtbarkeit und Wasserqualität!**

Der BN mit seinem Fachbereich Grünes Band und den Kreisgruppen vor Ort setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, das Grüne Band zu erhalten und weiter zu entwickeln. Und, wir **stärken die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Tschechien.**

Denn insbesondere das Grüne Band Bayern-Tschechien ist ein **Rückgrat der grünen Infrastruktur in Mitteleuropa**, das Wildnisgebiete und artenreiche traditionelle Kulturlandschaften miteinander verbindet. Angesichts der Tatsache, dass das von der Staatsregierung selbstgesteckte Ziel von 10% Biotopverbund im Offenland bis 2023 krachend verfehlt wurde, müssen auch die **Bemühungen der Staatsregierung**, das Grüne Band als bereits bestehenden Biotopverbund weiter zu sichern und zu vergrößern, wesentlich nachdrücklicher verfolgt werden!

Biosphärenregion im Spessart und Nationalpark Bayerischer Wald

Ein schöner Zwischenerfolg hier in Unterfranken ist unser Einsatz für eine Biosphärenregion im Spessart. Dort ist es gelungen, dass sich auch die Landkreise Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg sowie die Stadt Aschaffenburg und viele Kommunen für dieses zukunftsorientierte Projekt einsetzen. Es mangelt hier aber noch an Flächen für die Kernzone. Leider versucht unser „Forstminister“ Hubert Aiwanger die Biosphärenregion zu verhindern, indem er im Staatswald keine weiteren Naturwaldflächen zur Verfügung stellen möchte. Ich möchte ihm zurufen: Gib Deine Blockadehaltung auf – für das Wohl der Spessartregion!

Auch im ältesten Nationalpark Deutschlands, dem Bayerischen Wald, treibt der nicht einmal zuständige Staatsminister Hubert Aiwanger sein Unwesen. Seine Behauptung, vom Nationalpark Bayerischer Wald würden besondere Gefahren für den Borkenkäferbefall in den übrigen Wäldern ausgehen ist fachlich absurd. Die Auswirkungen der Klimakrise rafften Fichtenbestände in ganz Bayern dahin und werden vor allem dort zum riesigen Problem, wo überhöhte Wildbestände und falsche Wald-

bewirtschaftung den Aufbau naturgemäßer Mischwälder verhindert haben.

Trotz unseres massiven Protestes hatte Umweltminister Thorsten Glauber nicht den Mut, sich schützend vor den Nationalpark zu stellen und die Borkenkäferbekämpfung in der Naturzone zugelassen. Wer beim ersten kleinen Windstoß umfällt, wird seinen Aufgaben als Umweltminister nicht gerecht!

100% Versorgung mit Erneuerbaren Energien ist möglich

Aber der größte Erfolg des letzten Jahres war sicher der **Atomausstieg und die Energiewende** in Deutschland, die ganz stark von Bayern und vor allem auch vom BUND Naturschutz und den Bürgerinitiativen ausging. Der Anteil an erneuerbaren Energien in Deutschland an der Stromerzeugung lag im vergangenen Jahr über 50 % in den ersten Monaten des Jahres 2024 oft bei 60 %. 1990 waren es noch 3,4 %! Gerade, weil wir die letzten drei Atomkraftwerke, darunter auch Isar zwei, abgeschaltet haben, sind wir seit dem 15. April 2023 nicht nur erheblich sicherer, sondern wir haben auch der Energiewende einen Schub gegeben.

Als Umweltminister konnte es Markus Söder im Jahr 2011 nach der schlimmen Fukushima-Katastrophe gar nicht schnell genug gehen und die CSU beschloss, ebenso wie die CDU, den Atomausstieg bis zum Jahr 2022 nach den Vorgaben einer speziell eingesetzten „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“, die vom ehemaligen CDU-Umweltminister und unserem späteren Naturschutzpreisträger Klaus Töpfer geleitet wurde. Unser späterer Naturschutz-Medaillenträger Alois Glück hat in dieser Kommission ebenfalls mitgearbeitet.

Das hat im vergangenen Jahr leider weder Spitzenpolitiker von CSU, Freien Wählern noch FDP davon abgehalten, den Untergang Deutsch-

lands, die Deindustrialisierung und das Frieren im Winter herbei zu fabulieren. Ebenso, dass wir nun abhängig wären von Atomstrom aus anderen Ländern. Man muss es leider sagen: Das sind alles **Fake News!** Nur einen kleinen Bruchteil des Stroms - den wir im Übrigen auch selbst erzeugen könnten - importierten wir seit dem Atomausstieg im Saldo aus anderen Ländern. Darunter sind nahezu 80 % erneuerbare Energien aus Dänemark oder Norwegen. In einem europäischen Stromverbund wird der Strom dort gekauft, wo er gerade günstig ist. Daher importieren wir auch kleine Mengen französischen Atomstroms. Während Phasen, in denen die französischen Atomkraftwerke aufgrund mangelnden Kühlwassers oder Reparaturen stillliegen, exportieren wir auch erneuerbaren Strom aus Deutschland nach Frankreich. Umso absonderlicher - und das werden wir massiv bekämpfen -, dass unser Nachbarland Tschechien neue Atomkraftwerke bauen will.

Fakt ist auch, dass wir im vergangenen Jahr trotz Atomausstieg so wenig **Kohle** zur Stromerzeugung verbrannten wie zuletzt 1959. Die Luft ist also sauberer geworden. Das Klima wurde geschützt, auch wenn wir noch einen weiten Weg vor uns haben, um 100 % Erneuerbare Energien in Bayern und Deutschland zu bekommen – vor allem beim Ausbau der Windkraft, denn seit Jahren wurde in Bayern kaum ein Windrad mehr gebaut.

Und nicht nur beim Wind bleibt viel zu tun: Nach einem Jahr voller populistischer Debatten rund ums Heizen geht es beim Thema Wärmewende in vielen Kommunen jetzt an die Umsetzung. Und wieder sind wir als BUND Naturschutz als Stimme der Vernunft gefragt. Da jede Kommune verpflichtet ist, in den nächsten Jahren eine Wärmeplanung aufzustellen, ist das eine hervorragende Gelegenheit für uns, uns einzubringen und die Wärmeversorgung in die Richtige Richtung zu lenken. Denn ob mit den von Aiwanger heiß beworbenen Wasserstoff-Heizungen oder Groß-

kraftwerken mit Holzverfeuerung: Ohne uns drohen Energieverschwendung und Raubbau an der Natur in die nächste Runde zu gehen.

Eine gut funktionierende Wärmepumpe macht aus einer kWh Strom 4-5 kWh Wärme. Sie ist also Hightech und wird - das sollte Hubert Aiwanger doch wissen - auch von niederbayerischen Firmen wie Wolf in Mainburg im Landkreis Kelheim hergestellt.

Klimaschutz ist kein Luxus, sondern dient auch dem Schutz des Menschen, wie man dramatisch an den absterbenden Wäldern des Frankenwaldes sieht. Daher setzen wir uns für die Erhaltung des Waldes genauso ein wie für die Renaturierung von Mooren oder den ökologischen Landbau wie auch für PV und Windkraft nach Plan.

Klimakrise in Unterfranken

Gerade hier in Unterfranken sind die Auswirkungen der Klimakrise besonders spürbar. Die Stadt Bad Königshofen im Grabfeld geht davon aus, dass sie schon in naher Zukunft die Trinkwasserversorgung nicht mehr aufrechterhalten kann. Der BN setzt sich daher dafür ein, **Wasser** wieder verstärkt in der Landschaft zu halten, damit dieses dort versickern kann und dem Grundwasser zu Gute kommt. Die jahrzehntelange Wasseraustreibungspolitik in Bayern muss ein Ende haben! Wir müssen aber auch unsere Trinkwasserschutzgebiete viel besser schützen. In Bayern wird aber nur ein Bruchteil der Trinkwassereinzugsgebiete durch Wasserschutzgebiete geschützt. Ich konnte gestern im Rahmen des Naturschutztages den beeindruckenden Zeller Quellstollen besuchen. Hier fließt das Wasser zusammen, das rund 60.000 Menschen der Stadt Würzburg mit sauberem Trinkwasser versorgt, also überlebensnotwendig für die Stadt ist.

Dank daher an die Stadt Würzburg, an Sie Herr Oberbürgermeister, dass sie ihr Trinkwasserschutzgebiet nun von 8 auf 66 qkm ausweiten möchte – und Danke, dass Sie sich auch gegen eine Deponie im Einzugsgebiet zur Wehr setzen. Und ich kann ihnen versprechen, dass sich der BN auch dafür einsetzen wird. Sicher mit ihnen zusammen, Herr Oberbürgermeister, dort im Wasserschutzgebiet das größte Bergwerk Bayerns, für den Abbau von Gips (Fa. Knauf), zu verhindern. Trinkwasserschutz muss unbedingten Vorrang haben! Ich darf sie alle daher schon jetzt dazu aufrufen, an unserer Bildaktion heute Nachmittag teilzunehmen. Dies steht unter dem Motto: „Gipsabbau verhindern – Trinkwasser schützen“.

Keine neuen Wasserkraftwerke!

Wassermangel, Wassergerechtigkeit und Wasserschutz sind aber nicht nur relevante Themen in Franken. Wir müssen uns in ganz Bayern um einen vernünftigen und nachhaltigen Umgang mit Wasser kümmern. Gewässer und wasserabhängige Lebensräume sind die artenreichsten Gebiete in Bayern. Gleichzeitig stehen sie stark unter Druck aufgrund wirtschaftlicher Interessen. Bei den Flüssen sind es Wasserkraftbetreiber, die sich auf die letzten, wenig berührten Abschnitte stürzen. Der Bodensee soll für die Versorgung von ganzen Regionen angezapft werden. Feuchtgebiete verarmen an Wasser aufgrund von privaten Wasserentnahmen und das Grundwasser enthält in vielen Regionen immer noch zu viel Nitrat. Wir haben daher als BN **Wasser als Schwerpunktthema** für dieses und nächstes Jahr gesetzt. Neben dem Trinkwasserschutz engagieren wir uns auf politischer Ebene für einen gerechten und zielgerichteten Wassercent, für freifließende Flüsse und lebendige Auen und ein nachhaltiges Entnahmemanagement. Wir fordern einen Wassercent der alle Verursacher von Veränderungen des Wasserangebots oder der

Qualität zur Kasse bittet. Er muss eine Lenkungswirkung entfalten und muss daher gestaffelt je nach Wasserart und Nutzung angelegt sein. Grundlegend ist auch, dass endlich eine flächendeckende und lückenlose Erfassung aller Entnahmen stattfindet. Mit diesen Forderungen finden wir auf Behördenebene und beim Umweltminister Gehör, aber es gibt auch noch einige offene Kritikpunkte, z.B. eine im momentanen Entwurf viel zu hoch angesetzte Bagatellschwelle von 5.000 m³, unter dieser Entnahmen nicht kostenpflichtig sind.

Größere Differenzen mit der bayerischen Politik haben wir nach wie vor im Umgang mit unseren Flüssen - unsere Schatzkammern der biologischen Vielfalt. Für uns ist klar, weitere Wasserkraft hat keinen Platz in Bayerns Bächen und Flüssen. Die bestehenden Kraftwerke müssen vielmehr an die rechtlichen Anforderungen angepasst werden und nicht mehr rentable Kraftwerke oder jene, die die Anforderungen dauerhaft nicht erfüllen, müssen auch zurückgebaut werden.

So wurde der **Lech** im 19. und 20. Jahrhundert zu einem künstlich geregelten System umgewandelt. Intakte Auen gingen verloren und mit der Eintiefung des Flusses sank der Grundwasserstand. Viele Arten sind regional schon ausgestorben und die Relikte sind stark gefährdet und von Einzelereignissen abhängig. Wer schon einmal durch einen Schneeheide Kiefernwald im Frühjahr gegangen ist weiß um den Zauber dieser Landschaften. Der größte Schneeheide Kiefernwald am bayerischen Lech in Augsburg wurde dieses Jahr von einem Hagelschauer stark verwüstet. Laut Lech-Experte Eberhard Pfeuffer wird er sich vermutlich davon nicht mehr erholen. Neu entstehen können diese Wälder nur, wenn wir großflächige Dynamik am Fluss zulassen. Bevor es zu spät ist geht es jetzt darum einen Paradigmenwechsel zu erreichen. Der Lech darf nicht mehr nur als Stromquelle gesehen werden, wenn wir die noch bestehenden Populationen von typischen Arten und Lebensräumen erhal-

ten wollen. Wir engagieren uns daher schon seit vielen Jahren für die Erhaltung der noch bestehenden, hochwertigen Bereiche und gehen nun verstärkt in die Diskussion zum langfristigen Umgang mit dem Lech. Ein Zukunftskonzept dazu findet guten Anklang bei Behörden und Politikern. Nun geht es uns darum die Verbände wieder zusammenzuführen und gemeinsam einen Diskurs in der Bevölkerung anzuregen, wie der Lech in Zukunft aussehen soll, wie wir mit ihm umgehen wollen. Die von Uniper wieder aus der Schublade gezogenen Pläne für ein Kraftwerk im Bereich der Renaturierungsplanung Licca liber müssen endgültig in die Papiertonne.

Kontrovers geht es nach wie vor an der **Salzach** zu. Hier ringen wir gemeinsam mit der Aktionsgemeinschaft Lebensraum Salzach schon seit Jahrzehnten für einen Naturfluss und konnten schon so manches unsinnige Vorhaben abwenden. Doch noch immer steht ein Wasserkraftwerk im Raum, das der Naturflussvariante, welche auch vom Wasserwirtschaftsamt getragen wird, entgegensteht. Wir konnten online und analog mittlerweile weit über 10.000 Unterschriften sammeln die Ministerpräsidenten Markus Söder und Umweltminister Thorsten Glauber auffordern, die Kraftwerkspläne aufzugeben. Liebe Delegierte, ich bitte Sie uns auch hier weiter tatkräftig zu unterstützen und die bereitgestellten Medien zur Kampagne zu nutzen. Unser Einsatz für **freifließende Flüsse** darf nicht nachlassen.

Die Koalition aus CSU und Freien Wählern betreibt leider aktive „Anti-Umweltpolitik“. Bezüglich der Klima- und Biodiversitätskrise und was die Erhaltung unserer Heimat angeht, ist das Regierungsprogramm unambitioniert und in vielen Bereichen sogar rückschrittlich. Wir appellieren an Ministerpräsident Markus Söder und die neuen Landtagsabgeordneten, sich darauf zu besinnen, dass der Schutz unserer Lebensgrundlagen

oberste Priorität haben muss, sei es durch den entschlossenen Ausbau Erneuerbarer Energien oder die Reduzierung des Flächenverbrauchs.

BMW-Werk

Beim Flächenverbrauch ist das geplante BMW-Werkes im Landkreis Straubing ein gutes Beispiel dafür, dass es die bayerische Staatsregierung mit ihren Lippenbekenntnissen nicht allzu ernst nimmt: Er soll auf die Hälfte gesenkt werden, bei konkreten Projekten aber greifen keine regulierenden Mechanismen. Das Problem bei BMW begann bereits mit der Standortwahl. Es gab im Vorfeld kein Raumordnungsverfahren, das sich ernsthaft darum bemüht hätte, den besten Standort für die Ansiedlung zu suchen. Fachkräfte, die Nähe zu den bestehenden Werken, eine geeignete Verkehrsanbindung, eine geeignete Konversionsfläche etc. – das wären alles vernünftige Kriterien für eine vernünftige Standortsuche gewesen. Stattdessen scheint hier vor allem ein Kriterium gewonnen zu haben: Am gewählten Standort gab es eine zusammenhängende, ebene Fläche, über die nur mit einem Grundstückseigentümer verhandelt werden musste. Und so verschwinden 105 Hektar bester Gäuboden unter BMW-Hallen und Parkplätzen. Der BN setzt sich jetzt noch vehement dafür ein, dass wenigstens ein mehrgeschossiges Parkhaus gebaut und ein Bahnanschluss – die Bahnstrecke liegt nur wenige hundert Meter entfernt – zeitnah realisiert wird. Ansonsten folgt auf die Ansiedlung ein Verkehrschaos, in der Folge weiterer Straßenbau und eine fortschreitende Industrialisierung der ländlichen Gebiete.

Wolf

Ebenso wird die Wolfspolitik der Bayerischen Staatsregierung von Jahr zu Jahr haarsträubender. Der Södersche Schnellschuss im Mai vergan-

genen Jahres mit der Wolfsverordnung – übrigens in einer bisher beispielelosen Weise unter Übergehung des Naturschutzbeirats durchgepeitscht – grenzt hart an Rechtsbeugung. Die Verordnung dient in keiner Weise dazu, tatsächlich fachlich notwendige Wolfsentnahmen rasch durchführen zu können, sondern soll allein dazu dienen, so viele Wölfe wie möglich ohne Grund abschießen zu können. Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter treten sich bei ihren beifallsheischenden Auftritten im Alpenraum gegenseitig auf die Füße, lassen jede Fachlichkeit und Sachlichkeit vermissen und gehen auf Wählerstimmenjagd bei denen, die sie als „ländliche Bevölkerung“ definieren. Ihre Ignoranz gegenüber der Naturschutzgesetzgebung ist ein Armutszeugnis.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass durch unsere Normenkontrollklage viele der abstrusen Festlegungen der Wolfsverordnung erfolgreich beklagt werden. Die mündliche Verhandlung ist für Mitte Juli angesetzt.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter alle Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihre Tiere vor Wolfsübergriffen bestmöglich zu schützen. Leider hat sich in den letzten Jahren bei der Förderung nichts verbessert. Es gibt zum Beispiel immer noch keine flächendeckende Förderung, damit sich Tierhalter JETZT auf den Wolf vorbereiten können, der innerhalb weniger Tage aus den bayerischen Wolfsgebieten bei ihnen durch- oder einwandern kann. Und die Förderung für die Zäune wurde so gedeckelt, dass sich insbesondere im Alpenraum kaum ein Landwirt einen funktionierenden wolfsabweisenden Zaun leisten kann. Damit und mit dem massiven sozialen Druck, der auf Almbauern ausgeübt wird, die Herdenschutz betreiben wollen, soll verhindert werden, dass ein Nebeneinander von Wolf und Weidetieren auch in den bayerischen Alpen entsteht.

Dabei erkennen wir an, dass es nicht zumutbar schützbare Flächen gibt und haben uns in einem gründlichen und intensiven Dialogprozess mit Almbauern zusammengesetzt, um zu beraten, wie das Wolfs- und Weidemanagement dort ausschauen muss. Das Ziel muss sein: Wenig tote Weidetiere, wenig tote Wölfe und mit dieser Vorgabe ist es für den BN denkbar, im Alpenraum auch einem Abschuss von Wölfen zuzustimmen, wenn Rinder älter als ein Jahr gerissen werden, auch wenn es keinen klassischen Herdenschutz gibt. Denn die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass das vergleichsweise selten vorkommt. Die Reaktionen aus der Politik belegen leider, dass es hier nicht darum geht, fachlich über Lösungen nachzudenken, sondern den Wolf zu bejagen. Dass dies NICHT die richtige Strategie ist, um Weidetiere zu schützen, wie man beim Blick in andere europäische Länder schnell sehen kann, spielt anscheinend keine Rolle.

Der BN tut übrigens auch ganz konkret etwas, um den Weidetierhalter/innen zu helfen: Wir beteiligen uns – zusammen mit Bioland – am Herdenschutzprojekt „Lifestockprotect“, das in Österreich, Südtirol und Bayern durchgeführt wird. Hier geht es darum, ganz praxisnah in Kursen das Herdenschutzwissen unter den Tierhalter*innen zu verbreiten.

Beim **Fischotter** haben wir ebenfalls Klage gegen die Abschussverordnung eingelegt und erst am Montag damit vor Gericht recht bekommen. Die rechtswidrige Verordnung ist damit Geschichte. Wir erwarten nun von CSU und FW, dass auch sie endlich Recht anerkennen und die Teichwirtschaft nicht länger mit Scheinlösungen hängen lassen. Wir erkennen die Nöte der Teichwirte an. Diese lassen sich aber nicht durch Abschüsse regeln. Für die Koexistenz von Fischotter und Teichwirtschaft braucht es andere Wege, die der BN gerne bereit ist im Rahmen eines Forschungsprojektes auszuloten.

Luchs

Beim Luchs tut sich leider wenig in Bayern. Während unsere Nachbarbundesländer – Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen – mit ambitionierten Wiederansiedlungsprojekten viel für einen überlebensfähigen Luchsbestand in Deutschland tun, ist es in Bayern zum Teil nicht mal möglich, einzelne im Gehege aufgezogene Waisenluchse zur Bestandsstützung wieder in die Freiheit zu lassen und zwar dort, wo sie eine gute Überlebenschance haben und die Bestandsentwicklung positiv beeinflussen: Dass hier die Behörden sich vom Votum eines BJV-Kreisverbandes davon abhalten lassen, zeigt nur eins: Die bayerische Umweltpolitik mitsamt ihrer Verwaltung ist nicht fähig oder willens, die Interessen des Artenschutzes durchzusetzen und den internationalen und nationalen Verpflichtungen zum Schutz von Flora und Fauna nachzukommen. Sobald es Schwierigkeiten gibt oder Gegenwind, wird der Kopf eingezogen.

Umweltbildung

In der **Artenkennerreihe des Bildungswerk über 4000 Teilnehmer** und viele, viele begleitende Umsetzungen und Angebote dazu in den Umweltstationen und Kreisgruppen. So bietet z.B. das NEZ Allgäu begleitende Fachexkursionen an sowie eine Fortbildung zur Vorbereitung auf das BANU-zertifikat Feldbotanik. In Wartaweil läuft ein Kurs zur Ausbildung von Hummel- und Wespenexperten und in Würzburg steht das Thema Schmetterlinge im Mittelpunkt. Beeindruckend ist die umfangreiche Fachexpertise in unserem Verband, die uns hilft immer wieder neue Themen und gute Referent*innen für die Abende zu finden.

Artenkenntnis ist das ABC des Lebens – und wir alle brauchen eine Vorstellung davon, wie vielfältig und dicht das Netz des Lebens gewebt ist. Daher herzlichen Dank an alle, die sich hier engagieren! Sei es bei den vielen Exkursions- und Vortragsangeboten unserer Kreis- und Ortsgruppen, sei es bei Lehrer-Fortbildungen an den Umweltstationen oder im Rahmen der geförderten Bildungsprojekte in Main-Spessart oder Miltenberg, Passau oder Deggendorf und vielen anderen.

Zur Vorbereitung des Jahresthemas Wasser organisierte das Bildungswerk zusammen mit den Fachreferenten eine fünfteilige Online-Reihe unter dem Motto „Zwischen Dürre und Land unter“ und konnte damit 600 TN erreichen.

Im **Wahljahr 2023** standen für den Bereich Umweltbildung/BNE klar die der Ausbau der finanziellen Unterstützung durch öffentliche Fördermittel, sowie Verbesserungen beim Erwachsenenbildungsförderungsgesetz sowie die verbandsübergreifende Forderung nach einem Bildungsfreistellungsgesetz für Bayern auf der Agenda. Dazu fanden Gespräche mit den Landtagsfraktionen statt.

Das Thema Bildung für Nachhaltigkeit verfolgen wir weiter zusammen mit anderen Verbänden und im Pakt für BNE und fordern eine bayerische BNE-Strategie. Daran werden wir auch in 2024 weiterarbeiten. Erste Gespräche dazu mit dem Kultusministerium fanden bereits statt.

„Es gibt nur eins was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ John F. Kennedy

Das gilt für uns als Verband sicher auch, viel mehr aber für die öffentliche Hand.

Daher unterstützen wir auch weiterhin den Pakt für Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Amphibien

Zum Abschluss Ihnen allen noch einen herzlichen Dank für Ihr Engagement in unserer bayernweite Amphibienhilfe im Frühjahr. Viele Ehrenamtliche, die seit Jahren Amphibienübergänge betreuen, berichten von dramatischen Abnahmen und sind mitunter sehr frustriert. Wir dürfen diese breitangelegte Schutzaktion aber nicht aufgeben, obwohl der Rückgang der Amphibien weiterhin dramatisch ist. Gerade deshalb sollten wir weiterhin versuchen, möglichst viele Leute vor Ort einzubinden, denn die Aktion ermöglicht es uns jedes Jahr den Finger in die Wunde zu legen und auf die Gefährdung der Feuchtgebiete und ihrer Bewohner durch den Klimawandel aufmerksam zu machen. Und zwar konkret vor Ort und verbunden mit Forderungen an die Kommunalpolitik zum Wasserrückhalt und zum Lebensraumschutz.

Gemeinsam mit der ANL bildet der BUND Naturschutz jetzt auch zukünftige Amphibienexpertinnen und -experten aus. Wir leisten dadurch einen wichtigen Beitrag um auch den Rückgang der Artenkenner zu bremsen, der auch in Bayern dramatisch ist, wie der BN durch eine Untersuchung belegt ist.

Insgesamt sehen wir, es gibt viele offene Baustellen in Bayern. Daher ist der BN als starker Anwalt der Natur derzeit auch dringend nötig. Herzlichen Dank - auch im Namen des gesamten Landesvorstandes - liebe Delegierte - für Eure, ja letztlich unsere gemeinsame hervorragende Arbeit.